



Geschäftsführung Runder Tisch für Flüchtlingsfragen

Frau Arikan

Telefon: (0221) 29725

Fax: (0221)

E-Mail: Neslihan.Arikan@STADT-KOELN.DE

Datum: 29.04.2022

Niederschrift

über die Sitzung **Runder Tisch für Flüchtlingsfragen** in der Wahlperiode 2020/2025 am Freitag, dem 25.02.2022, 11:00 Uhr bis 13:00 Uhr

Anwesend waren:

Peter Krücker

Miriam Haseleu

Dilan Yazicioglu

Isabella Venturini

Katja Hoyer

Jörg Detjen

Martin Erkelenz

Cornelia Schmerbach

Carina Weber

1. Sprecher Katholikenausschuss

2. Sprecherin Ev. Kirchenverband Köln
und Region

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Volt-Fraktion

FDP- Fraktion

Fraktion Die Linke

CDU-Fraktion

SPD Fraktion

Integrationsrat

Anne Rossenbach

Dorothee Bodewein

Susanne Rabe-Rahman

Nils Freud

Claus-Ulrich Prölß

Marita Bosbach

Marianne Arndt

Klaus Roth

Annette de Fallois

Nicola Markgraf

Dr. Natalie Kühn

Sebastian Kusserow

Dr. Heinrich Flammang

Runder Tisch für Integration

Caritasverband Köln

Caritasverband Köln

Caritasverband Köln

Kölner Flüchtlingsrat

DRK

Willkommensinitiativen/AK Politik

Willkommensinitiativen/AK Politik

Diakonisches Werk Köln und Region

Rom e. V.

Synagogen-Gemeinde Köln

Jobcenter

Malteser Medizin für Menschen ohne
Krankenversicherung

Mesut Mutlu	Koordination ehrenamtliche Geflüchtetenarbeit in den Bezirken Porz und Lindenthal
Bernd Nauman	Der Paritätische Köln
Jochen Borst	Polizei Köln
Anne Meyer	Stadtrevue
Dirk Risse	Kölner Stadt-Anzeiger
Bettina Baum	Amt für Integration und Vielfalt
Susanne Kremer-Buttkereit	Kommunales Integrationszentrum
Birgit Werning-Györkö	Amt für Integration und Vielfalt
Ulrike Hodissen	Amt für Integration und Vielfalt
Dr. med. Anna Julia Gläser-Zorn	Gesundheitsamt
Bernd Taschenmacher	Amt für Soziales und Senioren
Josef Ludwig	Amt für Wohnungswesen
Petra Schims	Amt für Wohnungswesen
Christina Boeck	Ausländeramt
Kathrin Burghardt	Ausländeramt
Neslihan Arikan	Schritfführerin

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Tagesordnung und Verabschiedung des Protokolls Protokoll der 82. Sitzung vom 19.11.2021

Die Niederschrift der 82. Sitzung des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen wird genehmigt.

Zugesetzter TOP- Situation der Geflüchteten aus der Ukraine

Frau Baum teilt mit, dass Frau Oberbürgermeisterin Reker den Runden Tisch um ein Meinungsbild bitte, inwiefern die sog. Drehscheibe, die 2015 zur besseren Verteilung von Geflüchteten am Flughafen Köln/ Bonn eingerichtet wurde, nützen würde.

Herr Krücker merkt an, dass Köln sich in erster Linie auf ausreichende Unterbringungskapazitäten für Menschen aus der Ukraine einstellen müsse. In der aktuellen Situation habe Köln eine relativ gute Infrastruktur mit bspw. ungenutzten Messehallen, um eine Drehscheibenfunktion aufzubauen und sicherzustellen.

Es wird vereinbart eine Arbeitsgruppe zur Situation der Geflüchteten aus der Ukraine einzurichten. Folgende Mitglieder werden benannt:

Herr Pröbß, Frau Annette de Fallois, Frau Bosbach, Frau Bodewein, Herr Krücker, Frau Baum, Herr Ludwig, Frau Boeck

2 **Situation der Geflüchteten in den städtischen Einrichtungen während der Corona-Pandemie**

Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln, Herr Ludwig

Herr Ludwig informiert, dass 5803 Menschen mit Stichtag 31.01.2022 in den städtischen Unterkünften untergebracht seien. Im Februar habe es geringe Zuweisungszahlen der Bezirksregierung Arnsberg gegeben. Derzeit gebe es 1.500 Reserveplätze, die für die Menschen aus der Ukraine bereitgestellt werden können.

Zu der Covidsituation informiert Herr Ludwig, dass mit Stand 22.02.2022 in 38 von insgesamt 98 Unterkünften Infektionsfälle mit milden Verläufen und einem Todesfall zu verzeichnen seien. Seit zwei Wochen gebe es in den Wohnheimen mit nichtabgeschlossenen Wohneinheiten einmal pro Woche die Möglichkeit eine Testung durchzuführen.

Zu der Internetversorgung informiert Herr Ludwig, dass ca. 700.000 Euro für den Ausbau des Internets auf 1 GB investiert worden seien. Bis auf drei größere Standorte sei der Ausbau damit vollendet.

Frau Arndt und Herr Roth merken an, dass laut Rückmeldungen aus den Unterkünften 1 GB nicht ausreiche.

Herr Ludwig sagt zu, den Hinweis mitzunehmen und eine Überprüfung durchzuführen.

3 **Bericht aus der Arbeitsgruppe / Vorstellung „Neue Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten in Köln“**

Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln, Herr Ludwig

Herr Ludwig stellt den Entwurf zu den Leitlinien anhand der beigefügten Präsentation vor.

Herr Roth regt an, dass als Ziel gesetzt werden müsse alle Menschen in Wohnungen unterzubringen. Systembauten sollten aufgrund der schwierigen Bedingungen als Notlösung für eine Übergangszeit charakterisiert werden.

Herr Pröbß schlägt vor, die von Herrn Roth formulierte Zielsetzung im Abschnitt 'Kommunale Entwicklung' in den neuen Leitlinien (Seite 6) einzufügen.

Frau Arndt merkt an, dass das Ehrenamt bei der Entwicklung dieses Papiers und des Gewaltschutzkonzeptes fehle. Künftig müsse hierfür eine Lösung gefunden werden.

Zu dem Thema Aufenthaltsstatus (Punkt 7) regt Frau Arndt an, zu überprüfen, ob die Möglichkeit einer Teilnahme am Bleiberechtigungsprogramms ausreichend transparent kommuniziert ist.

Zu § 25a AufenthG und §25b AufenthG fragt Frau Arndt, ob die neuen Gesetzesgrundlagen, die im neuen Koalitionsvertrag formuliert sind, auch mitberücksichtigt wurden.

Herr Ludwig ist ebenfalls der Meinung, dass möglichst viele Menschen in öffentlichen oder freifinanzierten Wohnungen untergebracht werden sollten.

Zu der fehlenden Einbindung des Ehrenamtes merkt Herr Ludwig an, dass er die Besetzung der Arbeitsgruppe nochmal überprüfen werde.

Zum Thema Bleiberechtsprogramm informiert Frau Boeck, dass die Aufnahmekriterien nach vielen Diskussionen mit den Trägern sowie der Politik so ausgewählt worden seien, dass sie mit den Gesetzen in Einklang stünden. Die Berichte seien alle öffentlich und könnten nochmal zur Verfügung gestellt werden.

Zu § 25a AufenthG und §25b AufenthG merkt Frau Boeck an, dass die beabsichtigten neuen Gesetzesgrundlagen aus dem Koalitionsvertrag noch keine Berücksichtigung finden könnten.

Frau Werning-Györkö ergänzt, dass im 6. Kapitel gezielt die Wichtigkeit der Rolle des Ehrenamtes unterstrichen werde. Im Anhang der neuen Leitlinien gebe es wichtige Verlinkungen u. a. zur Stärkung des Ehrenamtes.

Zu der Abstimmung der neuen Leitlinien regt Herr Ludwig an, dass die Politik den Entwurf mitnehmen und beraten solle. Auf Änderungsbedarfe könne die Verwaltung dann in den nächsten Wochen eingehen.

Die neuen Leitlinien zur Unterbringung und Unterstützung von Geflüchteten werden mit dem Zusatz *der Zielsetzung, dass möglichst viele Menschen in Wohnungen leben können* (Seite 6, Punkt, Absatz 2), mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 2 Enthaltungen (FDP, CDU)

4 Quartalsbericht über die weiteren Entwicklungen im Ausländeramt Ausländeramt, Frau Boeck

Frau Boeck informiert, dass der 4. Quartalsbericht noch in der verwaltungsinternen Abstimmung sei und zeitnah dem Gremium zur Verfügung gestellt werde. Es habe bereits -wie besprochen- Austauschtreffen mit Vertreter*innen der Migrationsberatungsstellen und dem Ehrenamt gegeben. Über die Ergebnisse werde das Ausländeramt berichten.

Herr Detjen bittet, den Bericht ebenso dem Ausschuss für Soziales und Senior*innen zur Verfügung zu stellen.

5 Abschlussbericht aus der Arbeitsgruppe „Anonymisierter Krankenschein für Menschen ohne Papiere“ Fachdienst Migration des Diakonischen Werkes Köln und Region, Frau de Fallois

Frau de Fallois stellt das beigefügte Konzept für die Ausgabe eines anonymen Krankenscheins in Köln vor. Der AK Anonymer Krankenschein weist darauf hin, dass es sich um ein rein fachliches Konzept handle und selbstverständlich hinsichtlich zusätzlich benötigter Ressourcen im Nachgang der Konzeptvorstellung beim Runden Tisch noch eine verwaltungsinterne Abstimmung erfolgen müsse.

Frau Rossenbach und Frau Arndt möchten wissen, ob eine Erweiterung des Netzwerkes `Menschen ohne Papiere´ vorgesehen ist.

Frau Baum bedankt sich für das Konzept und merkt an, dass die Umsetzung einen Ratsbeschluss und gesicherte Finanzmittel voraussetze. Es werde innerhalb der Verwaltung geprüft, wie die Umsetzung des Angebots realisiert werden könne.

Herr Prölß betont die Wichtigkeit der Beteiligung des Netzwerkes `Menschen ohne Papiere´ insbesondere, wenn es um schwerwiegende Erkrankungen gehe. Man könne in Betracht ziehen, andere Akteure miteinzubeziehen, wobei sich dann aber die Frage der Übersicht und Transparenz stelle.

Frau de Fallois stimmt Herrn Prölß zu und ergänzt, dass derzeit die Clearingstelle mit dem Auftrag „Menschen ohne Krankenversicherung“ sehr stark eingebunden sei.

Frau Yazicioglu merkt an, dass die Politik das Konzept unterstütze und bemüht sei, Finanzmittel zu sichern.

Frau Gläser-Zorn erläutert, dass der Bedarf des anonymen Krankenscheins in den Sprechstunden im Gesundheitsamt täglich zu sehen sei. Allerdings müsse vorab eine verwaltungsinterne Meinung gebildet werden.

Herr Krücker, schlägt vor, das Konzept in dieser Form zu beschließen und bittet die Ratspolitik, das Thema mitzunehmen, um eine politische Mehrheit für die Umsetzung des Konzepts herzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

6 Wesentliche Mitteilungen der Verwaltung an die Fachausschüsse / den Integrationsrat

- 6.1 Beantwortung einer Anfrage aus dem Integrationsrat: zur Reform des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG) AN/0020/2022 der Fraktionen Bündnis 0128/2022
- 6.2 Mitteilung zur Beschlussvorlage zur Teilnahme an der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“
hier: Projektverlängerung - 4418/2021
0552/2022
- 6.3 3. Quartalsbericht 2021 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
0329/2022
- 6.4 Unterbringungsplanung für Geflüchtete inklusive Reserve für die Jahre 2022 - 2024
0331/2022

- 6.5 Umsetzung Ratsbeschluss vom 14.12.21 zu TOP 5.4.1.: Petition der Seebrücke - Grünes Licht für die Aufnahme von Menschen an der belarussischen – polnischen Grenze 4052/2021/ Schreiben an Bundesinnenministerin
- 6.6 Auszug aus der Niederschrift des Integrationsrates zur Sitzung vom 11.01.2022 zum Gespräch mit Frau Stadtdirektorin Blome zur Situation im Ausländeramt
- 6.7 Beantwortung einer Anfrage der SPD Fraktion zur Abschiebung einer lernbehinderten, schwangeren 16-jährigen nach Albanien 0291/2022
- 6.8 Beantwortung einer Anfrage an den Integrationsrat - Aufholen nach Corona – Nachholprogramm für pandemiebedingte Lernrückstände 0358/2022

7 Verschiedenes

Es liegen keine Themen vor.